

## Terrorangst und Überwachungsgesetze

Nach dem 11. September 2001 wurden zur Beruhigung der Bevölkerung in schneller Folge eine ganze Reihe von Überwachungsgesetzen verabschiedet. Obwohl befristet, ist keines dieser Gesetze wieder gestrichen worden. Im Gegenteil, der Überwachungswahn produziert weiterhin ständig neue Einschränkungen unserer Grundrechte.

## Vorratsdatenspeicherung

Anlass unserer Gründung war das Gesetz über die 6-monatige Speicherung der Verbindungsdaten jedes Telefon- oder Handy-Gesprächs. Auch für jede E-Mail werden nach dem Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung Sender und Empfängeradresse gespeichert, bei Handy-Telefonaten und SMS zusätzlich auch der jeweilige Standort des Benutzers .



Mit Hilfe der über die gesamte Bevölkerung gespeicherten Daten können Bewegungsprofile erstellt, geschäftliche Kontakte und Freundschaftsbeziehungen rekonstruiert und Rückschlüsse auf den Inhalt der Kommunikation, auf persönliche Interessen werden möglich. Dagegen haben wir mit 34.000 Menschen vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt und im März 2010 Recht bekommen.

## Das neue BKA Gesetz

Die BKA Novelle hat im Herbst 2008 eingeführt:

- Video- und Lauschangriff auf Wohnungen.
- Datenabgleich zwischen Polizei und Geheimdiensten (GTAZ).
- Rasterfahndung.
- Online Durchsuchung privater PCs

Wir wollen keine Wiedereinführung der vom Bundesverfassungsgericht bereits für unzulässig beurteilten Überwachungsmaßnahmen und wenden uns gegen die Aufhebung der von den Alliierten aus historischer Erfahrung geforderten Trennung von Polizei und Geheimdiensten. Gegen das BKA Gesetz läuft deshalb ebenfalls eine Klage beim Bundesverfassungsgericht.

## RFID Chips mit unseren persönlichen Daten

- Biometrische Daten im elektronischen Ausweis und Pass
- Die elektronische Gesundheitskarte



Biometrische Daten sind nicht fälschungssicher, die Daten in RFID Chips können von Unbefugten ausgelesen werden, wie beim ePerso vom CCC im Fernsehen vorgeführt. Deshalb fordern wir die Abschaffung der flächendeckenden Erhebung biometrischer Daten, sowie die Verwendung von RFID-Chips in Ausweisdokumenten.

## Gläserner Bürger vom Kind bis zum Rentner

- Elektronische Gesundheitskarte
- Zentrale Schüler Datei
- Einkommensnachweis ELENA (Job Karte)
- Das zentrale Bundesmelderegister (BZR)
- Bundeseinheitliche Steuernummer
- Für Datenschutz auch am Arbeitsplatz

Krankendaten gehören nicht auf eine „**elektronische Gesundheitskarte**“. Das sind sensible und sehr persönliche Daten, die außer den Arzt und den Patienten niemand etwas angehen. Eine eindeutige **Steuernummer** begleitet jeden Bürger von der Geburt bis zum Grab und alle Datenbanken sind mit diesem Schlüsselfeld

abgleichbar.

Schulen müssen soziale (Herkunft, Sprache, Lernmittelbefreiung) und schulische (Förderbedarf, Schullaufbahn) Daten in eine zentrale **Schülerdatei** eintragen.



Die **Jobcard** (ELENA) begleitet uns 40 Millionen Einkommensbezieher im Arbeitsleben, nur damit sind künftig Wohn-, Kranken- und Kindergeld zu beantragen. Für die Jobcard sind bereits 45(!) weitere Anwendungen geplant.

Es wird viele Interessenten für diese sensiblen Daten geben, die gerne wissen würden, wer warum arbeitslos ist, wer wieviel Geld verdient und wer besonders viele Krankentage aufweist oder an Streiks teilgenommen hat.

Die Datenskandale haben gezeigt, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis auch diese Daten auf dem Schwarzmarkt angeboten werden.

Deshalb treten wir auch dafür ein, dass in einem **Arbeitnehmerdatenschutzgesetz** die Rechte der Menschen an ihrem Arbeitsplatz gestärkt werden.

## Was kann man tun?

**Bilden Sie sich eine eigene Meinung!**  
**Engagieren Sie sich für Ihre Bürgerrechte!**  
**Bürgerrechtsarbeit kostet Geld - Spenden Sie**

## Wir arbeiten an diesen Themen:

### Flucht & Migration

- Die Visa Warndatei
- Die europäische Fluggastdatenbank
- FRONTEX
- Europol-Novelle
- Schengen-Informationssystem II
- Die europäische Fluggastdatenbank (PNR)



### Polizei, Geheimdienste & Militär

- Vorratsdatenspeicherung
- Video- und Lauschangriff auf Wohnungen
- Datenabgleich zwischen Polizei und Geheimdiensten (GTAZ)
- Das zentrale Bundesmelderegister BZR
- Rasterfahndung in zentralen Datenbanken
- Biometrische Daten in Ausweis und Pass
- Online Durchsuchung privater PCs

### SchülerInnen-Themen

- Baby-Datei, Schüler-Datei
- Kein Militär an Schulen
- Zivilklauseln an die Unis
- Persönlichkeitsprofile, lebenslang abgestempelt

### Verbraucher- und ArbeitnehmerInnen-Datenschutz

- Gläserner Bürger, Kundenkarten, Scoring
- Die elektronische Gesundheitskarte
- Für Datenschutz auch am Arbeitsplatz
- Personaldaten, Bewerberdaten, Krankendaten, Videoüberwachung
- Gegen den elektronischen Einkommensnachweis ELENA ... und Nachfolger
- Die bundeseinheitliche Steuernummer

### Zensur & Informationsfreiheit

- Gegen Internetsperren und Zensur
- Für Netzneutralität & Informationsfreiheit
- Stopp ACTA ~ TAFTA ~ TTIP
- Open Source statt Kommerzialisierung

Verteidigen wir gemeinsam unser Grundgesetz, unser Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die Menschenwürde!

Jede/r kann mitmachen und sich mit uns für seine Bürgerrechte einsetzen.

Die nächsten Termine unserer regelmäßigen Treffen im Berliner Antikriegs-Café COOP, Rochstr. 3, Nähe Alexanderplatz, werden auf unseren Webseiten unter dem Punkt **Aktivengruppen** angekündigt

**Aktion Freiheit statt Angst e.V.**

Rochstr. 3,  
D-10178 Berlin

Mail: [kontakt@aktion-fsa.de](mailto:kontakt@aktion-fsa.de)

Web: [www.aktion-freiheitstattangst.org](http://www.aktion-freiheitstattangst.org)



### Spendenkonto:

Aktion Freiheit statt Angst e.V.  
Triodos Bank  
IBAN: DE72 5003 1000 1060 9910 02  
BIC: TRODDEF1

Der Verein ist ab 01.01.2011 nach §§ 52 1(2) Nr. 24 AO als gemeinnützig anerkannt, Spenden sind steuerlich absetzbar.



**Aktion Freiheit statt Angst e.V.**

Bündnis für Freiheitsrechte, gegen Massen-Überwachung und Sicherheitswahn

*Mitglied des  
European Civil Liberties Network*

**Aktion Freiheit statt Angst e.V.** wendet sich gegen die zunehmende Überwachung der Menschen durch staatliche und private Stellen.



Wir kämpfen für unser Recht auf informationelle Selbstbestimmung und für Informationsfreiheit.